

Die Vision des Bundes in der Hand der Kantone

Mit der Strategie «Digitale Schweiz» zeichnet der Bundesrat ein breites Bild, wie sich unser Land – von der Wirtschaft über die Forschung, Bildung und Verwaltung bis hin zur Bevölkerung – in das digitale Zeitalter einbringen soll. Dem E-Government wird dabei Nachholbedarf attestiert, was verglichen mit anderen Ländern definitiv der Fall ist. Dabei haben die Kantone längst vielversprechende Initiativen aufgegleist.

Im April 2016 hat der Bundesrat die Strategie «Digitale Schweiz» vorgestellt. Die Regierung attestierte der Schweiz eine gute Ausgangslage, verwies aber auch auf bestehendes Verbesserungspotenzial – etwa hinsichtlich des E-Government-Angebots. Die grösste Herausforderung zur Realisierung dieses Potenzials ortet der Bundesrat bei der föderalen Struktur der Schweiz.

Ein weiterer Knackpunkt sei das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der zentralen Datensammlung. Letzteres lässt sich verbessern: Zum einen demografisch (je jünger die Zielgruppe, desto kleiner das Misstrauen), zum anderen, indem man den Bürgerinnen und Bürgern die Hoheit über ihre persönlichen Daten überträgt. Der föderalen Struktur zu begegnen, ist jedoch schwieriger.

Keine digitale Schweiz ohne digitale Identitäten

Die vom Bundesrat vorgestellte Strategie ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie setzt die Leitplanken für die weitere Diskussion und hilft bei der Priorisierung der notwendigen Massnahmen. Der Weg weg von einzelnen E-Government-Angeboten hin zu einer digitalen Gesellschaft führt jedoch an einem Schlüsselement nicht vorbei: einer weit verbreiteten und sicheren digitalen Identität. Hier ist der Bund gefordert, zeitnah eine realisierbare und landesweit verfügbare Lösung vorzustellen und umzusetzen. Jeder Bürger sollte sie einfach haben. Nur eine hohe Verbreitung ermöglicht die Erstellung der entsprechenden Services. Denn nur wenn sich Bürgerinnen und Bürger im Netz rechtskräftig identifizieren, lassen sich sämtliche amts- und privatwirtschaftlichen Geschäfte medienbruchfrei abschliessen.

Die Informatik muss den Prozessen folgen

In unserem föderalen System sind die Kantone natürlich relevante Akteure. Sie werden massgeblich mitentscheiden, ob die «Digitale Schweiz» eine Vision bleibt oder Realität wird. Folgende Herausforderungen sind zu meistern:

1. *Die prozessorientierte IT: Prozesse dürfen durch die IT nicht eingeschränkt werden. Sie müssen sie unterstützen und vereinfachen. Die Aufgabe gibt die Arbeitsmittel vor, nicht umgekehrt.*
2. *Die interne Vernetzung: Egal ob auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene, die IT-Infrastruktur muss die departementsübergreifende Zusammenarbeit ermöglichen.*



Der Autor

Reto Gutmann, CEO,
Abraxas Informatik AG

3. *Die externe Vernetzung: Prozesse müssen kantonsübergreifend abgebildet und hin zu Bevölkerung und Wirtschaft verlängert werden können.*

Ein gutes Beispiel einer prozessorientierten Infrastruktur ist der neue «Arbeitsplatz 2015» (APZ2015) des Kantons St. Gallen. Dessen Cloud-Architektur erlaubt es, rasch auf sich verändernde Ansprüche hinsichtlich der Performance reagieren zu können, den Einsatz aller möglichen Endgeräte zu erlauben und so für flexible Einsatzmöglichkeiten entlang der Geschäftsprozesse zu sorgen. Voraussetzung für eine optimale Vernetzung innerhalb der Verwaltung ist der politische Wille. Mit seiner neuen «IT-Strategie SG 2016+» setzt etwa der Kanton St. Gallen genau hier an. Mehr dazu lesen Sie im Interview mit dem kantonalen CIO, Robert Schneider, auf Seite 11.

Auch im Bereich der kantonsübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung von Verwaltung und Wirtschaft gibt es bereits gelungene Lösungen. Ein gutes Beispiel hierfür ist etwa die Datendrehscheibe DBLAP 2. Sie dient der schweizweiten Übermittlung von betrieblichen und überbetrieblichen Bewerbungen in der beruflichen Grundbildung. Bereitgestellt wird DBLAP im Auftrag der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz. Auch Polizei und Justiz gehen mit Initiativen wie HPI (Harmonisierung Polizeiinformatik) oder HIS (Harmonisierung in der Strafjustiz) mit gutem Beispiel voran. Die Initiative «eUmzug» ist ein weiteres positives Beispiel.

Diese Bemühungen stimmen zuversichtlich. Sie beweisen aber auch einmal mehr, dass das, was auf Bundesebene an Visionen entwickelt wird, nur in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen realisiert werden kann. Mit ihren IT-Strategien gestalten sie die «Digitale Schweiz» – und mit ihrer freiwilligen Einigung auf gemeinsame Standards (E-Government Schweiz. eCH).

Artikel online: www.netzwoche.ch ▶ Webcode ITFG1601

«Ich sehe keine Alternative zu E-Government»

Seit dem 1. Juni 2016 ist im Kanton St. Gallen die neue Informatikstrategie «IT-Strategie SG 2016+» in Kraft. Die Professionalisierung der IT-Services und die verbesserte Steuerung der Kantonsinformatik bilden ihr Herzstück. Robert Schneider, CIO des Kantons St. Gallen, war federführend bei der Ausarbeitung der neuen IT-Strategie. Interview: Markus Gross, Abraxas

Im April 2016 hat der Bundesrat die Strategie «Digitale Schweiz» vorgestellt. Welche Rolle spielt sie in der strategischen Planung für den Kanton St. Gallen?

Robert Schneider: Die Strategie «Digitale Schweiz» bedeutet, dass die behördlichen Leistungen nun auf alle Anspruchsgruppen ausgedehnt werden. Endlich, ist man versucht zu sagen. Für ihre erfolgreiche Umsetzung ist ein nicht zu unterschätzender Kulturwandel notwendig. Und zwar nicht nur bei der Staatsverwaltung, sondern auf allen Ebenen der föderalen Schweiz, also auch bei der Bevölkerung und Wirtschaft. Die strategische IT-Planung im Kanton St. Gallen bildet diese Ausrichtung ebenfalls ab.

Welche Verbesserungen haben Priorität?

Aus Sicht der Bevölkerung ist eine Weiterentwicklung der behördlichen IT-Services in Richtung Kundenzentrierung anzustreben. Heute werden End-to-End-Dienstleistungen erwartet. Auf Stufe Bürger ist hierfür jedoch rasch eine eindeutige Identifikation notwendig.

Was müssen die Kantone tun, um die elektronische Zusammenarbeit untereinander zu optimieren?

Eine Grundvoraussetzung ist natürlich die bedingungslose Einhaltung von Standards, allen voran diejenigen von eCH. Darüber hinaus muss man da und dort vom hohen Ross heruntersteigen. 26 Kantone und unzählige Städte und Gemeinden scheinen heute die Ansicht zu vertreten, dass nur ihre eigene IT die beste Unterstützung ihrer jeweiligen Geschäftsprozesse gewährleistet. Eine mindestens teilweise Vereinheitlichung dieser Prozesse und das Streben nach gemeinsamen Qualitätsstandards in der entsprechenden IT täten hier meines Erachtens gut.

Was sind wesentliche Merkmale der neuen IT-Strategie des Kantons?

In erster Linie die Kundenorientierung: Bevölkerung und Wirtschaft stehen im Fokus der kantonalen IT-Strategie, nicht die Verwaltung selbst. Wenn die Geschäftsprozesse und mit diesen die IT-Services entsprechend ausgerichtet werden, kommt dies allen Beteiligten zugute. Somit wird die Umsetzung der Strategie zu einer ganzheitlichen Aufgabe.

In der Strategie ist von «dienstleistungsorientierten IT-Services» die Rede. Was ist damit gemeint?



Robert Schneider, CIO
des Kantons St. Gallen.

Wir sprechen von der «Optimierung» von dienstleistungsorientierten IT-Services. Zum einen müssen wirtschaftlich vertretbare IT-Services bereitgestellt werden. Dann müssen Informationen vor unerlaubten Zugriffen und Manipulationen geschützt sein. Und schliesslich sollen auch IT-Services gebaut werden, die bezüglich Funktion und Nutzen auf die Endkunden in Bevölkerung und Wirtschaft ausgerichtet sind.

Welche Voraussetzungen muss die kantonale Informatik erfüllen, um intern und nach aussen medienbruchfreie E-Government-Services zu ermöglichen?

Die IT ist längst in der Lage, dies zu rund 98 Prozent zu erfüllen. Häufig liegt es am «Gärtchendenken», an mangelnder Offenheit und fehlender Kollaborationskultur.

Cyberattacken sind aktuell in aller Munde. Wie kann man die Gesellschaft dennoch vom Nutzen von E-Government überzeugen?

Ich sehe keine Alternative zu E-Government. Ich erwarte hier eine ähnliche Entwicklung wie etwa im Bereich E-Banking, das heute den Schalterverkehr zur Ausnahme macht. Es geht also darum, aufzuzeigen, dass alles gemacht wird, um den Datenschutz aufrecht und die Informationen geschützt zu erhalten. Da nachweislich der Mensch selbst das grösste Sicherheitsrisiko darstellt, sensibilisiert der Kanton St. Gallen seine Mitarbeitenden seit mehreren Jahren mit verpflichtenden E-Learning-Lektionen.

Artikel online: www.netzwoche.ch » Webcode ITFG1602